

**Bericht zur Aufgabenwahrnehmung im SGB II  
durch das Jobcenter München**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01387**

4 Anlagen

**Beschluss des Sozialausschusses vom 06.11.2014 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 27.10.2010 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 05219) beschlossen, dass das Sozialreferat als Betreuungsreferat des Jobcenters München regelmäßig über die Entwicklung im Jobcenter zu informieren hat.

Dementsprechend wird im Folgenden auf alle relevanten Abläufe und Entscheidungen sowie die aktuelle Situation des Jobcenters München eingegangen und das notwendige weitere Vorgehen dargestellt.

Im Einzelnen gliedert sich der Beschluss wie folgt:

- 1. Bundesweite Entwicklung im SGB II**
- 2. Entwicklung im SGB II in München**
- 3. Verlängerung der Kooperationsvereinbarung**
- 4. Finanzen**
- 5. Bericht der Prüfgruppe**

## **1. Bundesweite Entwicklung im SGB II**

### **1.1 Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Rechtsvereinfachung im SGB II**

Am 02.07.2014 fand die abschließende Tagung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) zur Rechtsvereinfachung im SGB II statt. Obwohl geplant war, die Ergebnisse nicht vor dem politischen Meinungsbildungsprozess zu kommunizieren, wurde der Abschlussbericht im Internet veröffentlicht. Das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der konsentierten Vorschläge begann bereits im Sommer 2014 und soll nach Einbringung des Entwurfs in das Bundeskabinett am 05.11.2014 im ersten Quartal 2015 abgeschlossen sein. Das Neunte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) soll zum 01.04.2015 bzw. 01.05.2015 in Kraft treten.

Die wichtigsten der geplanten Änderungen werden im Folgenden dargestellt – die vollständige Liste ist im Internet unter [www.harald-thome.de/media/files/ASMK-Schlussbericht-02.07.2014.pdf](http://www.harald-thome.de/media/files/ASMK-Schlussbericht-02.07.2014.pdf) einzusehen.

#### **Angleich der Sanktionsvorschriften für die Personenkreise U 25/Ü 25**

Die bisher geltenden verschärften Sanktionsvorschriften für Leistungsberechtigte, die unter 25 Jahre alt sind, sollen aufgegeben und den Regelungen für über 25-Jährige angeglichen werden. Die Neuregelung stellt eine Verbesserung für die Betroffenen dar und wurde seit langem von der Landeshauptstadt München gefordert.

#### **Keine Minderung der Kosten für die Unterkunft durch eine Sanktion**

Nach den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen können auch die Bedarfe für Unterkunft und Heizung durch eine Sanktion betroffen sein, mit der Folge, dass Mietschulden entstehen und der Verlust der Wohnung droht.

Eine Minderung der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen einer Sanktion soll künftig nicht mehr möglich sein. Mit der neuen Regelung wird die Gefahr von Wohnungslosigkeit, die gerade auf dem angespannten Wohnungsmarkt in München sehr groß ist, für SGB II-Leistungsberechtigte deutlich verringert.

#### **Verlängerung des Bewilligungszeitraumes**

Das Arbeitslosengeld II wird in der Regel für sechs Monate und nur im Ausnahmefall für zwölf Monate bewilligt. Die laufend erforderlichen Weiterbewilligungen sind sehr zeitaufwändig, obwohl in sehr vielen Fällen keine leistungsrechtlich relevanten Änderungen eintreten. Sofern sich Änderungen ergeben, werden sie während des laufenden Bewilligungszeitraumes angezeigt und berücksichtigt und nicht erst im Rahmen der Weiterbewilligung.

Das Regel-/Ausnahmeverhältnis soll deshalb umgekehrt und so der Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung gemindert werden.

### **Weiterentwicklung bei Zusammentreffen von Grundsicherung für Arbeitsuchende und Ausbildungsförderung**

Derzeit erhalten Auszubildende, die sich in einer dem Grunde nach mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder mit Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bzw. Ausbildungsgeld förderungsfähigen Ausbildung befinden, kein Arbeitslosengeld II, sondern nur Leistungen für Mehrbedarfe und einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Unterkunft. Diese Regelung ist sehr kompliziert und führt beim Übergang vom Arbeitslosengeld II in die Ausbildungsförderung häufig zu Problemen bei der Sicherung des Lebensunterhalts.

Obwohl grundsätzlich eine vollständige Deckung des Bedarfs im Rahmen der Ausbildungsförderung aus Sicht des Sozialreferats vorzuziehen wäre, werden die Probleme jetzt durch eine weitgehende Einbeziehung aller Auszubildenden und Schülerinnen und Schülern in das Arbeitslosengeld II gelöst.

### **Einführung eines Freibetrags für geringfügige Kapitalerträge**

Die geltende Bagatellgrenze von 10 Euro monatlich führt dazu, dass alle Kapitalerträge, die – wenn auch nur geringfügig – über 10 Euro liegen, in voller Höhe als Einkommen berücksichtigt werden müssen. Betroffen sind hierbei insbesondere Sparbücher von Kindern mit geringen Zinseinnahmen.

Mit einem Freibetrag von 100 Euro jährlich sollen diese Zinseinkünfte weitestgehend anrechnungsfrei werden. Dies bedeutet eine finanzielle Erleichterung für die Leistungsberechtigten und eine Arbeitersparnis für die Verwaltung.

### **Einführung einer Kleinbetragsgrenze bei Erstattungsverfahren**

Bei den Leistungen nach dem SGB II handelt es sich um Individualansprüche der einzelnen Leistungsberechtigten innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft.

Rückforderungen, z.B. auf Grund der Erzielung von Einkommen, müssen deshalb auf die einzelnen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft und insbesondere auch auf die Leistungen der beiden Leistungsträger Bundesagentur für Arbeit und Landeshauptstadt München aufgeschlüsselt werden. Dieses Verfahren ist äußerst aufwändig, steht insbesondere bei geringen Überzahlungen in keinem Verhältnis zum Forderungsbetrag und bindet erhebliche Kapazitäten sowohl bei der Leistungssachbearbeitung als auch bei Einziehung und Vollstreckung. Es wird daher derzeit geprüft, ob und bis zu welcher Höhe von der Geltendmachung einer Forderung abgesehen werden kann. Auch ein niedriger Betrag würde schon zu einer Verwaltungsvereinfachung führen.

### **Vorauszahlung von Leistungen/“Vorschuss“ mit Verrechnung im Folgemonat**

Leistungsberechtigte sprechen häufig vor Monatsende hilfesuchend im Jobcenter vor, weil ein kurzfristiger finanzieller Engpass aufgetreten ist und die Leistungen für den laufenden Monat bereits aufgebraucht sind. Derzeit muss in diesen Fällen ein

verwaltungsaufwändiges Darlehen bewilligt werden.

Künftig soll eine Abschlagszahlung für den Folgemonat mit „Verrechnung“ dieser Vorleistung ohne Umweg über ein Darlehen möglich sein. Das Verfahren würde der Lebenswirklichkeit entsprechen und das Verfahren bedeutend verkürzen.

### **Ausschluss der Pfändbarkeit von Ansprüchen nach dem SGB II**

Nach derzeitiger Rechtslage sind Leistungen nach dem SGB II – anders als Ansprüche nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) – pfändbar. Eine Pfändung kann nur durch Einrichtung eines Pfändungsschutzkontos bzw. durch einen Antrag beim Vollstreckungsgericht abgewendet werden.

Durch eine gesetzliche Regelung entsprechend den Vorgaben im SGB XII soll das Verwaltungsverfahren vereinfacht und das Erwirken von Pfändungsbeschlüssen verhindert werden.

### **Angemessenheit von Unterkunftsleistungen**

In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde zudem die Vereinbarung getroffen, ein Forschungsvorhaben zur Frage der Angemessenheit von Unterkunftsleistungen durchzuführen und auch einige ausgewählte Bundesländer in die entsprechende Steuerungsgruppe einzubeziehen. Das Sozialreferat hat den Deutschen Städtetag in einem Schreiben über sein Interesse an einer Mitarbeit bei dem Forschungsvorhaben informiert.

Leider ist nicht vorgesehen, die Regelung des § 22 SGB II, wonach das Jobcenter die Unterkunftsleistungen in der Regel spätestens nach 6 Monaten absenken muss, wenn die jeweilige Mietobergrenze überschritten wird, zu ändern.

## **1.2 Entwicklung der e-Akte**

Im Beschluss vom 17.07.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00562) wurde über die Planungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Einführung einer e-Akte im SGB II berichtet.

Die Einführung der e-Akte wirft grundsätzliche rechtliche Fragen auf, die im Rahmen des Bund-Länder-Ausschusses nicht einvernehmlich geklärt werden konnten.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die BA sind der Auffassung, dass der Bund die Einführung der e-Akte und die Organisation des Scan-Vorgangs als zentrales IT-Verfahren nach § 50 Abs. 3 SGB II einseitig vorgeben kann. Eine Zustimmung der Kommunen in der Trägerversammlung halten sie dabei nicht für rechtlich erforderlich.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Länder leiten dagegen aus Art. 91c GG ab, dass bei der gemeinsamen Nutzung von informationstechnischen Systemen

durch Bund und Kommunen Vereinbarungen erforderlich sind, also letztlich ein Einvernehmen hergestellt werden muss.

Beim derzeitigen Stand der Planungen zur e-Akte, insbesondere bzgl. der problematischen Punkte Scanzentren und Zuordnung der Scanprodukte (siehe unten) wird deutlich, dass die Einführung der e-Akte durchaus erhebliche Auswirkungen auf die Organisation im Jobcenter und damit auch auf die Organisationshoheit der kommunalen Träger hat.

Der Deutsche Städtetag schließt daher nicht aus, dass es hierzu gerichtliche Entscheidungen geben wird.

Wie bereits dargestellt, werden die Kommunen im Rahmen von Workshop-Gesprächen einbezogen. Ein Mitspracherecht sieht der Bund jedoch nicht vor. In diesen Workshop-Gesprächen wurden von den Kommunen insbesondere die sechs zentralen Scanzentren und die Zuordnung der eingescannten Dokumente problematisiert.

Entgegen den Aussagen in den Workshops stellte sich jetzt heraus, dass die Zuordnung von eingescannten Dokumenten zu den jeweils zuständigen Sachbearbeitungen nicht möglich ist.

Es ist lediglich eine Zuordnung auf Teamebene möglich. Dort müsste entweder jeder Mitarbeitende sich seine Dokumente für seine Fälle herausuchen oder ein Teammitglied oder die Führungskraft die Dokumente innerhalb des Teams weiterverteilen. Anschließend müsste die zuständige Sachbearbeitung das Dokument in die Akte einpflegen.

Im Jobcenter München besteht ein Team derzeit aus 12 - 15 Mitarbeitenden. Eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter in der Leistung hat lt. Angaben des Jobcenters derzeit ca. 145 Fälle. Eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung hat lt. Angaben des Jobcenters derzeit ca. 157 Fälle. Poststücke von ca. 2.000 Fällen würden also in ein Teampostfach gestellt und müssten dann mühsam der zuständigen Sachbearbeitung zugeordnet werden.

Aus Sicht des Sozialreferats würde die zentrale Einführung der e-Akte unter diesen Bedingungen eine unzumutbare und nicht zu bewältigende Belastung für das Jobcenter München bedeuten.

Mit Schreiben vom 16.07.2014 bzw. 21.07.2014 informierten der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) die verpflichtende Einführung der e-Akte im Jahr 2016 beabsichtigt und sechs Pilot-Jobcenter im Jahr 2015 Erfahrungen mit der e-Akte sammeln sollen (Anlagen 1 und 2).

Mit Schreiben vom 18.08.2014 hat sich das Sozialreferat nochmals an den Deutschen Städtetag gewandt, Rückmeldung zu den problematischen Punkten gegeben und den Deutschen Städtetag gebeten, die Pilotphase der e-Akte kritisch zu begleiten und die Kommunen weiter eng einzubinden (Anlage 3). Außerdem beabsichtigt die Beteiligungssteuerung des Sozialreferats Pilot-Jobcenter zu besuchen, um sich selbst ein Bild zu machen. Ein Besuch bei der Kindergeldkasse oder dem SGB III, die die e-Akte schon seit einiger Zeit eingeführt haben, ist geplant.

Die BA wurde in den Workshop-Gesprächen aufgefordert über die geplanten wirtschaftlichen Effekte der e-Akte zu berichten. Außer Hinweisen auf eine beabsichtigte Senkung der Lagerkosten wurden konkrete Informationen dazu bisher nicht übermittelt.

Insgesamt drängt sich auch hier der Eindruck auf, dass die BA die erheblichen Unterschiede zwischen SGB II und SGB III nicht berücksichtigt und insbesondere die bedeutende Beratungsfunktion und das ebenfalls gängige Einzelsachbearbeitungsprinzip in der Leistungsgewährung im Gegensatz zum Teammodell noch nicht anerkannt hat.

## **2. Entwicklung im SGB II in München**

### **2.1 Veränderungen in der Zusammensetzung der Gremien des Jobcenters Örtlicher Beirat**

Auf Grund der Kommunalwahl am 16.03.2014 ergaben sich bei der Besetzung des örtlichen Beirats des Jobcenters München Änderungen. Die Berechnung zur Besetzung der Sitzverteilung von Ausschüssen erfolgte nach dem Prinzip von Hare/Niemeyer. Daraus ergab sich für die Fraktionen des Stadtrats folgende Sitzverteilung im örtlichen Beirat des Jobcenters München:

CSU-Fraktion:	2 Sitze	StR Marian Offman, StR Manuel Pretzl
SPD-Fraktion:	1 Sitz	StRin Constanze Söllner-Schaar
GRÜNE/RL-Fraktion:	1 Sitz	StRin Gülseren Demirel

### **2.2 Rückkehrkonzept für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Zum 01.01.2011 wurden gemäß § 44g Abs. 1 SGB II damalige Dienstkräfte der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GMBH (ARGE München GmbH) kraft Gesetzes der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter München für die Dauer von fünf Jahren zugewiesen.

Um die Rückkehr nach den fünf Jahren frühzeitig planen zu können, wurde Ende 2013 das grundsätzliche Vorgehen der Rückführung auf einer Mitarbeiterversammlung vorgestellt und eine schriftliche Befragung der kraft Gesetzes zugewiesenen Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt. Von 331 Befragten teilten 151 Dienstkräfte mit, dass sie zur Landeshauptstadt München zurückkehren möchten. Den übrigen 180 Dienstkräften, die aktuell von der Rückkehrmöglichkeit keinen Gebrauch machen, wurde eine spätere Rückkehr in Aussicht gestellt.

Mittlerweile hat der Deutsche Bundestag Änderungen des SGB II beschlossen. Mit Wirkung vom 01.01.2015 entfallen u. a. die fünf Jahre Befristung; Zuweisungen auf Dauer sind möglich. Wenn dringende dienstliche Interessen es erfordern, ist die Zuweisung auch ohne Zustimmung der Dienstkräfte zulässig.

Da die Landeshauptstadt München ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Arbeitgeber ist, war es dem Personal- und Organisationsreferat gemeinsam mit dem Gesamtpersonalrat, dem Sozialreferat und dem Jobcenter München wichtig, die Rückkehr dem o. g. Personenkreis trotz der Gesetzesänderung zu ermöglichen.

Voraussetzung ist selbstverständlich, dass die Handlungsfähigkeit des Jobcenters erhalten bleibt. Daher wurde in Abstimmung mit dem Jobcenter und dem Sozialreferat folgendes Vorgehen vereinbart:

Das Personal- und Organisationsreferat führt seit Oktober 2014 mit allen rückkehrwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönliche (Dispositions-)Gespräche, zunächst mit Führungskräften und Personen auf höher bewerteten Stellen, anschließend mit den Sachbearbeitungen.

Ziel ist es, den Personenkreis auf höher dotierten Stellen vorrangig zu disponieren, um deren frei werdende Stellen ausschreiben und so Entwicklungsmöglichkeiten für die Sachbearbeitungen im Jobcenter anbieten zu können. Ob dies gelingt, hängt von der Zahl freier und besetzbarer Stellen im Hoheitsbereich und den individuellen Wünschen der Rückkehrerinnen und Rückkehrer ab.

Ab Januar 2015 wird mit der Rückführung begonnen, angepasst an die Personalsituation im Jobcenter. Da das Jobcenter bis Mitte 2015 die Umstellung auf ALLEGRO leisten muss, erfolgt der Abbau zunächst in kleinerem Umfang. In Abstimmung mit dem Jobcenter und dem Sozialreferat soll die monatliche Abbauquote ab Mitte 2015 sukzessive erhöht werden.

## **2.3 Personal – Aufstockung Pool –**

Die Vollversammlung des Stadtrats beschloss am 24.07.2013 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12466) zur Personalgewinnung und Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter die Einführung eines Personalpools.

Mit Hilfe des Pools in Höhe von 20 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) sollte es gelingen, die Zeitspanne zwischen dem Ausscheiden einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters und der qualifizierten (eingearbeiteten) Nachbesetzung der Stelle zu verkürzen. Die Kosten hierfür sollten laut Stadtratsbeschluss vom 24.07.2013 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12466) bis zu einer Höhe von 2,5 Mio. Euro längstens bis zum 31.12.2016 aus Restmitteln des Sozialreferats getragen werden, sofern im Budget des Jobcenters keine Bewirtschaftungsreste verbleiben.

Die Finanzierung aus Restmitteln ist jedoch nur noch bis zum Ende des Jahres 2014 möglich. Danach gibt es in den Referaten keine Restmittel mehr. Zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Maßnahme für die gesamte Laufzeit bis längstens zum 31.12.2016 werden demzufolge zentrale Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro beantragt. Das Personal- und Organisationsreferat verstärkte seine Anstrengungen nochmals, für das Jobcenter ausreichend Personal einzustellen und zusätzlich zum Fluktuationsersatz den Pool zu füllen.

Seit Februar 2014 sind die Stellen im Personalpool durchgehend besetzt.

Trotz der Anstrengungen gelingt es jedoch nicht, die Nachbesetzung mit eingearbeiteten Personal nahtlos zu gewährleisten. Die personelle Ausstattung des Jobcenters hat sich jedoch spürbar verbessert.

Wie unter Punkt 2.2 dargestellt steht das Jobcenter in den nächsten 24 Monaten nicht nur der Herausforderung durch rückkehrwillige kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber, sondern muss wie in der Vorlage vom 17.07.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00562) dargestellt auch die Einführung des neuen IT-Verfahrens für die Leistungssachbearbeitung (ALLEGRO) bewältigen.

Die Sicherstellung der Nachbesetzung der offenen Stellen im Jobcenter ist eine entscheidende Größe in der Frage der Qualität der Aufgabenerfüllung durch das Jobcenter. In Absprache mit dem Personal- und Organisationsreferat wurde festgestellt, dass der Personalpool in der aktuellen Ausgestaltung temporär nicht ausreicht, um unter Berücksichtigung der bevorstehenden Herausforderungen die Nachbesetzung mit bereits eingearbeiteten Personal sicherzustellen.

Aus diesem Grund ist beabsichtigt, den Pool um 10 VZÄ längstens bis 31.12.2016 aufzustocken. Die Finanzierung des Gesamtpools in Höhe von 30 VZÄ erfolgt in Höhe von 2,5 Mio. Euro aus zentralen Mitteln.

Im Pool fallen nur Kosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, die noch nicht auf ihrer eigentlichen Stelle im Jobcenter sitzen, da sie sich noch in Einarbeitung befinden und ihre zukünftige Stelle noch besetzt ist.



Der Kostenanfall unterliegt einem engmaschigen Monitoring und wird monatlich kontrolliert. Am Jahresende erfolgt ein Abgleich mit eventuellen Bewirtschaftungsresten des Jobcenters im Globalbudget. Erst danach können die genauen Kosten für die Landeshauptstadt München (LHM) beziffert werden. Im Jahr 2013 entstanden der LHM keine Kosten. In 2014 ist voraussichtlich mit Kosten zu rechnen. Rechtzeitig vor Ausschöpfung der 2,5 Mio. € wird das weitere Vorgehen zwischen dem Sozialreferat, dem Personal- und Organisationsreferat und dem Jobcenter besprochen. Der Stadtrat wird entsprechend informiert.

## **2.4 Evaluation der Reform**

Bereits in der Sitzung der Vollversammlung am 30.07.2014 (Vorlage Nr. 14-20 / V 00562) wurde zur Evaluation der Reform im Jobcenter berichtet.

Die Evaluation ist abgeschlossen, die Ergebnisse liegen zwischenzeitlich vor. Im Folgenden wird auf die wesentlichen Ergebnisse eingegangen, sowie die Haupt-handlungsfelder kurz dargestellt.

Der gesamte Abschlussbericht liegt als Anlage 4 bei.

Die Reform unterteilte sich in zwei Evaluationsverfahren:

- Reform in den Sozialbürgerhäusern-Arbeit (ohne beschäftigungsorientiertes Fall management); diese wurde durch das Sozialreferat – begleitet von der Organisationsberatung des Personal- und Organisationsreferats der LHM – durchgeführt.
- Einführung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements; dieses wurde durch die Interne Beratung der Bundesagentur für Arbeit evaluiert.

Des Weiteren wurden für die Bewertung der Reform die Ergebnisse der Kundenbefragung des Sozialreferats aus dem Jahr 2013 herangezogen. Damit wurde neben den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung auch die Bewertung der Kundinnen und Kunden mit einbezogen.

### **Evaluation der Reform in den Sozialbürgerhäusern-Arbeit**

An der Evaluation der Reform in den Sozialbürgerhäusern-Arbeit beteiligten sich rund 61 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insgesamt wurden 687 Mitarbeitende befragt. Diese hohe Beteiligungsquote ist sehr erfreulich und zeigt das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

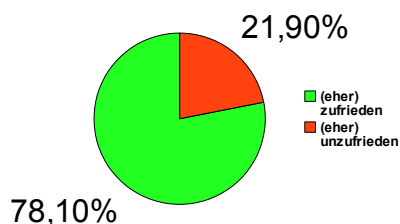
Wesentliche Ergebnisse der Evaluation der Reform des Jobcenters (Sozialbürgerhaus-Arbeit) sind:

- 78 % der Befragten führten an, mit den Reformelementen insgesamt zufrieden/ eher zufrieden zu sein. Bei den Sozialbürgerhausleiterinnen und -leitern (SBH-Arbeit) sind es sogar 100 %.

- 87 % der Befragten befürworten die Einführung der Eingangszone. Die Eingangszone als ein sehr wichtiges Reformelement wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bereiche Leistung und Arbeitsvermittlung akzeptiert und geschätzt. Erfreulich ist, dass die Leistungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter sich durch die Kolleginnen und Kollegen der Eingangszone entlastet fühlen.
- 66 % der Befragten sehen die Trennung der Teams in die Fachbereiche Leistung und Markt+Integration als sinnvoll/positiv an. Knapp 34 % sind dagegen eher unzufrieden mit dieser Trennung.

**„Alles in allem bin ich mit den Reformelementen insgesamt (eher) zufrieden“**

Quelle: Onlinebefragung/Befragung der Sozialbürgerhausleitungen



- die Trennung der Fachlichkeiten bewerten rund 66 % der Befragten als positiv  

Kategorie	Prozent
zufrieden	21,7 %
eher zufrieden	44,4 %
eher unzufrieden / unzufrieden	33,8 %
- die Einführung der Eingangszonen bewerten rund 87 % der Befragten als positiv  

Kategorie	Prozent
zufrieden	57,0 %
eher zufrieden	29,5 %
eher unzufrieden / unzufrieden	13,5 %
- 100 % der Sozialbürgerhausleitungen sind mit der Reform insgesamt zufrieden bzw. eher zufrieden.  

Kategorie	Prozent
zufrieden	40,0 %
eher zufrieden	60,0 %

Aus den Befragungsergebnissen lassen sich zwei Haupthandlungsfelder benennen, bei denen noch Optimierungsbedarf besteht:

- (1) Innerhalb des Jobcenters (SBH-Arbeit):
  - Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsvermittlerinnen/-vermittlern und den Leistungssachbearbeiterinnen/-sachbearbeitern (Kommunikation, Aufgabenerbringung § 16a SGB II)
  - Führung durch die Teamleitungen (Unterstützung bei ihrer Aufgabenwahrnehmung als Bindeglied zwischen Sozialbürgerhausleitung und Basismitarbeitern)

(2) Innerhalb des Sozialbürgerhauses:

- Die vereinbarten Prozessstandards zwischen dem SBH-Soziales und dem SBH-Arbeit (Jobcenter) haben sich als zielführend für die Zusammenarbeit erwiesen. Die Umsetzung bzw. Einhaltung dieser Standards bedarf allerdings weiterer Anstrengungen beider Akteure.

Die Arbeit an den Handlungsfeldern hat bereits begonnen. Über die Ergebnisse wird die Geschäftsführung des Jobcenters der Trägerversammlung berichten.

### **Evaluation der Einführung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements**

Im Jobcenter München werden seit 2011 die mit dem beschäftigungsorientierten Fallmanagement betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gem. der Deutschen Gesellschaft für Case- und Caremanagement (DGCC) zertifiziert.

Mit Beschluss der Trägerversammlung vom 13.12.2012 wurde festgelegt, dass die Evaluation des beschäftigungsorientierten Fallmanagements durch die Interne Beratung der Bundesagentur für Arbeit erfolgt.

Ziele der Evaluation waren:

- Bewertung der bisherigen Umsetzung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements im Jobcenter München
- Interaktion zwischen der mit dem beschäftigungsorientierten Fallmanagement betrauten Mitarbeiterin und der Integrationsfachkraft (insbesondere Über- und Rückgabe von Kundinnen und Kunden)
- Netzwerke des beschäftigungsorientierten Fallmanagements im Jobcenter
- Personalausstattung bzw. Bedarf an mit dem beschäftigungsorientierten Fallmanagement betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jobcenter

Die Evaluation erfolgte durch eine Analyse in allen Sozialbürgerhäusern sowie Interviews und Workshops.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass, gemessen am kurzen Zeitraum seit Einführung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements, das Ergebnis der Analyse sehr positiv ist.

Im Bericht der Internen Beratung der Bundesagentur für Arbeit werden aus deren Sicht folgende Handlungsempfehlungen genannt:

- Prozesse: Einführung einer Dienstanweisung zur einheitlichen Gestaltung der Abläufe

- Führung und Steuerung: Unterstützung der Teamleitungen bei der Wahrnehmung der Fachaufsicht; Entlastung der Koordination durch Bildung von Expertengruppen
- Netzwerkarbeit: Einführung eines Netzwerktools
- Prüfung der Personalausstattung

Die Ergebnisse und Empfehlungen werden zunächst intern im Jobcenter erörtert und auf Umsetzbarkeit geprüft. Im Anschluss wird die Trägerversammlung über das weitere Vorgehen informiert.

### **3. Verlängerung der Kooperationsvereinbarung**

Die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Landeshauptstadt München (LHM) zur Gründung der gemeinsamen Einrichtung ist derzeit bis zum 31.12.2015 befristet. Eine Kündigung müsste gemäß § 16 Abs. 2 der Kooperationsvereinbarung mit einer Frist von 12 Monaten vorher erfolgen. Eine Kündigung ist nach der Regelung in § 16 der Kooperationsvereinbarung nur möglich, wenn eine neue Vereinbarung nach § 44b Abs. 2 SGB II geschlossen wird.

Die Verhandlungen der derzeitigen Kooperationsvereinbarung gestalteten sich im Jahr 2010 sehr schwierig und langwierig. Die LHM ist dabei große Kompromisse eingegangen. Es ist jedoch auch gelungen, die wichtigsten Kernthemen wie z. B.

dezentrale Sozialbürgerhaus-Struktur, Stadtratsvorbehalt bei wichtigsten Organisationsfragen gegen die Überzeugungen der BA zu verankern.

Die derzeitige Kooperationsvereinbarung stellt aus Sicht des Sozialreferats eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit und die Steuerung des Jobcenters durch die LHM dar. Die Einflussmöglichkeiten insbesondere des Stadtrats im Bereich der Aufgabenerfüllung im SGB II sind gesichert. Es ist durchaus möglich, dass weitere städtische Positionen bei neuen Verhandlungen aufgegeben werden müssten, da sich auch verschiedene Rahmenbedingungen wie z. B. Personalanteile der Träger verändert haben. Es könnten auch bereits im Sinne des Sozialreferats beschlossene Festlegungen, wie z. B. das dezentrale Sozialbürgerhauskonzept, der nicht zielgruppenspezifische Ansatz wie bei den Unter-25-Jährigen wieder zur Diskussion stehen.

Das Sozialreferat empfiehlt daher, auch über den 31.12.2015 hinaus, an der vorhandenen Kooperationsvereinbarung festzuhalten und die Zusammenarbeit auf dieser Basis fortzuführen. Erfolgt keine Kündigung der Vereinbarung durch einen der beiden Vertragspartner, verlängert sich die Vereinbarung stillschweigend um jeweils weitere drei Jahre.

Die LHM ist jedoch unabhängig davon berechtigt, die Kooperationsvereinbarung zum 31.12.2016 zu kündigen, wenn sie bis zum 31.12.2015 einen Antrag auf Zulassung als Optionskommune stellen sollte.

#### **4. Finanzen**

##### **4.1 Planung Budget 2015**

Erste Informationen zum Budget des Jobcenters für das Jahr 2015 werden von der Bundesagentur für Arbeit erst im September zur Verfügung gestellt. Daher kann in diesem Beschluss auf Grund der Vorlaufzeiten der Beschlusserstellung noch nicht darüber berichtet werden.

##### **4.2 Kosten der Unterkunft**

Die Kosten der Unterkunft betrugen Ende Juli 133,7 Mio. Euro und lagen damit 1,2 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Dies ist v.a. auf den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften zurückzuführen. Der Planwert wird voraussichtlich erreicht bzw. leicht unterschritten werden.

Die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft betragen pro Monat aktuell 471 Euro. (Die tatsächlichen Mietkosten der SGB II-Haushalte sind aber höher, da vorhandenes Einkommen wie Unterhalt, Kindergeld oder Erwerbseinkünfte angerechnet wird. Bei den 471 Euro handelt es sich um die an die Haushalte ausgezahlten Beträge).

#### **5. Bericht der Prüfgruppe**

Auf Grund gesetzlicher Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit wurde zu Beginn des Jahres 2012 eine Prüfgruppe im Amt für Soziale Sicherung gegründet, die mit der Wahrnehmung des Weisungs-, Prüfungs- und Widerspruchsrechts nach § 44b Abs. 3 bzw. § 44a Abs. 1 und 6 SGB II beauftragt wurde. Zur Einrichtung dieser Gruppe wurden mit Beschluss der Vollversammlung vom 27.07.2011 (Sitzungsvorlage 08-14 / V 06820) 12 Stellen befristet bis zum 31.12.2014 eingesetzt.

Mit dieser Vorlage legt das Sozialreferat einen weiteren Erfahrungsbericht seit Einführung der Prüfgruppe vor. Demnach hat sich das zu Grunde liegende Prüfkonzept bewährt. Die Wahrnehmung des gesetzlichen Weisungs-, Prüfungs- und Widerspruchsrechts im bisherigen Umfang ist daher sinnvoll und unabdingbar. Hierzu sollen die seinerzeit befristet eingerichteten 12 Stellen nun dauerhaft entfristet werden.

##### **5.1 Ausgangssituation**

Mit Einführung der Jobcenter zum 01.01.2011 sind gesetzliche Änderungen in Kraft getreten, die den kommunalen Trägern gegenüber den Jobcentern ein Weisungs- und Prüfungsrecht sowie ein gesetzliches Widerspruchsrecht gegen die Feststellung der Erwerbsfähigkeit und Hilfebedürftigkeit von Leistungsberechtigten eingeräumt

haben. Die Trägerversammlung hat diesen Änderungen am 01.04.2011 Rechnung getragen und beschlossen, die bisherige Beauftragung des Sozialreferats, Amt für Soziale Sicherung, zum 31.12.2011 zu beenden.

Für die Zeit ab 01.01.2012 war daher ein fachliches Konzept zu entwickeln, durch das die Landeshauptstadt München ihrer Trägerverantwortung gegenüber dem Jobcenter München nachkommen kann. Es wurde deshalb ein Prüfkonzert erarbeitet, das die Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Leistungen im Jobcenter gewährleistet. Zur Umsetzung dieses Prüfkonzerts waren nach damaligen Berechnungen zum Personalbedarf insgesamt 12 Planstellen erforderlich. Davon waren lediglich 7 Vollzeitäquivalente (VZÄ) neu zu schaffen. 5 VZÄ waren bereits vorhanden und konnten im Zuge des Wegfalls der Beauftragung durch das Jobcenter in der Prüfgruppe tätig werden. Die Einrichtung der 12 Planstellen erfolgte befristet bis 31.12.2014.

Der Stadtrat hat das Prüfkonzert in der Vollversammlung am 27.07.2011 beschlossen.

## **5.2 Bericht „Fallüberprüfung“ im SGB II**

Die Beauftragung des Jobcenters endete am 31.12.2011. Nach der Einführung des Konzepts, den Schulungen und dem Abschluss einer wichtigen Auftragsarbeit im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) konnte am 01.07.2012 der Regelbetrieb der Prüfung aufgenommen werden. Hierzu werden laufende SGB II-Fälle nach vorher festgelegten, ausgewählten Bereichen vom Jobcenter angefordert und einer vollumfänglichen Überprüfung unterzogen. Für die Prüfungen herangezogen wurde ein Mix aus verschiedenen Schwerpunkten wie z.B. Alleinerziehende, Sanktionen, Räumungsklagen oder unterschiedlichen Einkommensarten. Beschwerdeschreiben von Bürgerinnen und Bürgern an die Stadtspitze hatten in allen Fällen eine umfassende Prüfung zur Folge.

### **5.2.1 Prüfumfang**

In der Zeit vom 01.07.2012 bis 30.06.2014 wurden insgesamt 4.638 Fälle geprüft. Dies entspricht bei einer durchschnittlichen Anzahl von jährlich 40.500 Bedarfsgemeinschaften im SGB II einer Überprüfungsquote von 5,7 %. Die überprüften Fälle setzen sich zusammen aus 3.246 geprüften SGB II-Akten sowie 1.392 Fällen, die auf korrekte Ausgabenverbuchung bei den Kosten der Unterkunft untersucht wurden. Der ursprüngliche Anspruch – Erreichung einer Prüfquote von 15 % aller SGB II-Fälle – wurde damit nicht erreicht. Die Gründe hierfür sind u. a.:

- Zur Erreichung der im Stadtratsbeschluss vom 27.07.2011 berechneten Prüfquote von 15 % des Fallbestandes lagen vollbesetzte Stellen zu Grunde. Tatsächlich

waren 2 VZÄ aber bis Mitte 2013 unbesetzt und konnten erst im Dezember 2013 nach erfolgter Einarbeitung mit der Prüfung beginnen. 1 VZÄ ist bis heute nicht besetzt und 1 Mitarbeiter war mehr als 10 Monate erkrankt.

- Auf Grund der angespannten Personalsituation im Jobcenter und der damit einhergehenden Arbeitsüberlastung der Leistungssachbearbeiterinnen und Leistungssachbearbeiter im SGB II wurde die Prüftätigkeit im Jahr 2013 teilweise ausgesetzt. In dieser Zeit wurde das Jobcenter München durch die Prüfgruppe unterstützt.
- Fehlende EDV-Zertifikate führten dazu, dass ein großer Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für jeweils ca. 6 - 8 Wochen keine Fälle prüfen konnte, weil kein Zugriff auf das Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit möglich war.
- Prüfkarten werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters München nicht selten erst nach einer – teilweise auch nach mehreren – Mahnungen im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt, was zu zusätzlichem (vermeidbarem) Mehraufwand führt. Gleiches gilt auch für die Vorlage von Nachweisen über die Beseitigung beanstandeter Fehler.

Die größte Abweichung ist aber dem Umstand geschuldet, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Prüfkonzepths im Jahr 2011 keine Erfahrungswerte zum tatsächlichen Zeitaufwand für die umfangreiche Prüfung einer SGB II-Akte vorlagen. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Prüffall mit 4,9 Stunden wesentlich höher liegt als ursprünglich mit rund 3 Stunden kalkuliert. Das Ziel einer 15 %-igen Prüfung des gesamten Fallbestandes war somit mit dem vorhandenen Personal nicht zu erreichen.

### **5.2.2 Finanzielle Auswirkungen**

#### **SGB II-Aktenprüfung**

Weisungen erfolgen immer dann, wenn die Zuständigkeit für die Leistungserbringung beim kommunalen Träger liegt und das Jobcenter verbindlichen städtischen Arbeitsanweisungen dennoch nicht nachkommt. Im Gegensatz dazu ziehen Entscheidungen des Jobcenters einen Widerspruch nach sich, wenn Leistungsträger zwar die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist, der Landeshauptstadt München (LHM) durch die fehlerhafte Rechtsanwendung des Jobcenters aber ein (noch wieder gut zu machender) Schaden entstanden ist. Eine fehlerhafte Sachbearbeitung, die keinen finanziellen Schaden für die LHM mit sich bringt, wie etwa eine falsche Bereinigung von Einkommen mit finanziellem Schaden für den Bund, zieht dagegen „nur“ einen Bearbeitungshinweis nach sich. Dies gilt auch dann, wenn der LHM zwar ein – zum Teil auch ganz erheblicher – Schaden entstanden ist, dieser jedoch uneinbringlich

geworden ist, z.B. weil Rückforderungen bzw. Unterhaltszahlungen auf Grund zwischenzeitlicher Verjährung bzw. Verwirkung keinen Erfolg mehr bringen würden oder eine zu viel gewährte Leistung auf Grund des Vertrauensschutzes von der Bürgerin/vom Bürger nicht mehr zurückgefordert werden kann.

Von den 3.246 überprüften SGB II-Akten waren 1.494 Fälle ohne Mangel. In den 1.752 fehlerhaften Fällen ergingen 3.073 Beanstandungen (777 Weisungen, 1.208 Widersprüche und 1.088 sonstige Bearbeitungshinweise).

Die finanziellen Auswirkungen zu Lasten der LHM belaufen sich in den geprüften Fällen auf insgesamt 3.853.523 Euro und setzen sich zusammen aus festgestellten monatlich gleichbleibenden Schäden aus der Vergangenheit, einmaligen Schäden aus der Vergangenheit und den auf 12 Monate hochgerechneten Schäden für die Zukunft.

Durch entsprechende Umbuchungen in Höhe von 211.423 Euro und Korrekturen für die Zukunft in Höhe von 370.232 Euro konnte der Gesamtbetrag der finanziellen Auswirkungen in den 24 Monaten der Prüftätigkeit in Höhe von 581.655 Euro reduziert werden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Restschadenssumme von 3.271.868 Euro durch noch nicht abgearbeitete bzw. nicht abgeschlossene Prüfaufträge im Laufe dieses Jahres noch verringern wird. Allerdings dürfte der Schaden für die Landeshauptstadt München dennoch über 3 Mio. Euro liegen.

Ausgehend von den gesamten finanziellen Auswirkungen – ohne Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Umbuchungen bzw. Korrekturen – beläuft sich die durchschnittliche Schadenssumme je fehlerhaftem Fall auf 1.187 Euro. Insgesamt betrachtet hat sich aber sowohl die Zahl der fehlerhaften Fallbearbeitungen als auch die durchschnittliche Schadenshöhe seit Aufnahme der Prüftätigkeit kontinuierlich verringert.

Im Rahmen der Überprüfung wurde aber auch festgestellt, dass z.B. durch falsche Einkommensanrechnung oder Gewährung eines falschen Mehrbedarfs auch dem Bund erhebliche Schäden entstanden sind. Die entsprechenden Korrekturen wurden angeregt; die Höhe dieser Schäden wird jedoch von der Prüfgruppe nicht erfasst.



Eine Zusammenstellung der Prüfergebnisse (Zeitraum: 01.07.2012 bis 30.06.2014) ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

<b>Anzahl der geprüften Fälle (pro Fall mehrere Fehler möglich):</b>	<b>3.246</b>
ohne Mangel:	1.494
Weisungen:	777
Widersprüche:	1.208
sonst. Bearbeitungshinweise:	1.088

<b>finanzielle Auswirkungen gesamt:</b>	<b>3.853.523 €</b>
monatlich gleichbleibende Schäden in der Vergangenheit:	315.172 €
einmalige Schäden in der Vergangenheit:	2.578.994 €
hochgerechnete Schäden (auf 12 Monate):	959.354 €
erledigt durch Umbuchung für die Vergangenheit:	211.423 €
erledigt durch Korrektur für die Zukunft:	370.232 €
Restschadensumme (wird sich vorauss. noch verringern):	3.271.864 €

#### **Korrekte Ausgabenverbuchung bei den Kosten der Unterkunft**

Es wird auch die richtige Verbuchung der Kosten der Unterkunft und der Mietschulden überprüft, um die korrekte Erstattungsleistung des Bundes zu gewährleisten. Die Erstattungsquote des Bundes beträgt derzeit 35,8 %.

Bis zum 30.06.2014 wurden insgesamt 1.392 Fälle überprüft und beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) zur Erstattung angemeldet. Die Überweisung durch das ZBFS ist in der angemeldeten Höhe auch bereits erfolgt. Insgesamt wurden durch die Überprüfung der SGB II-Fälle auf die richtige Verbuchung fast 600.000 Euro erzielt.

### **5.3 Prüfergebnis und Weiterführung des gesetzlichen Auftrags**

Im Folgenden werden die Bereiche dargestellt, in denen die häufigsten Fehler und Defizite festgestellt wurden. Anhand von Beispielen wird erläutert, welche Qualitätsverbesserungen im Verlauf der Prüfungen erreicht werden konnten.

<b>Prüfmängel (die 3 häufigsten):</b>	
Unterhalt:	862
Einkommen/Vermögen:	785
Kosten der Unterkunft (Berechnung, Kaution, Umzug, Guthaben aus Betriebs-, Heizkostenguthaben):	640

- Unterhaltsprüfungen wurden teilweise gar nicht durchgeführt, teilweise wurden bereits eingeleitete Unterhaltsprüfungen nicht weiter verfolgt. Insbesondere bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen minderjähriger Kinder wirkt sich dies in der Regel immer zu Lasten des kommunalen Trägers aus. Auf Grund der Hinweise der Prüfgruppe werden in Neufällen mittlerweile vermehrt Unterhaltsansprüche geprüft und geltend gemacht. Zudem wird auf Grund der Prüfergebnisse derzeit der Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Jobcenter angedacht.
- Erstattungen wie Kindergeld und Unterhaltsvorschuss wurden in den Jahren 2012 und 2013 noch oft lediglich zu Gunsten des Bundes verbucht, obwohl diese Einnahmen auch anteilig der LHM zugestanden hätten. Auch hier haben sich Verbesserungen in der Buchungsqualität ergeben. Die Einnahmen der LHM erhöhen sich dadurch.
- Untermieteinnahmen und Betriebskostenguthaben wurden zu Beginn des Prüfzeitraums sehr oft als Einkommen des Bundes statt als Minderung der Mietkosten berücksichtigt. Durch die Interventionen der Prüfgruppe konnte dieser Fehlerschwerpunkt reduziert werden, so dass jetzt die Berücksichtigung öfter richtig erfolgt und damit die Kosten der Unterkunft für die Zukunft gesenkt werden.
- Ersatzbeschaffungen für Wohnungsausstattungen bzw. Haushaltsgeräte, die vom Bund zu tragen sind, wurden als Ausgabe der LHM verbucht. Diese Fehlbuchungen sind ebenfalls zurückgegangen.

Auch die Bereiche, die sich finanziell nicht zu Lasten der LHM auswirken, werden bei der Prüfung beleuchtet und Fehler in Bearbeitungshinweisen und Steuerungsmaßnahmen aufgegriffen. Diese Bereiche betreffen z. B. die Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets, das auf Grund der Überlastung im Jobcenter dort immer noch nicht als wichtige Aufgabe, die viel Beratungsleistung erfordert, ausreichend erfüllt wird.

## **Fazit**

Derzeit sind rund 72.000 Münchnerinnen und Münchner auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen. Das Jobcenter hat einen Sollbestand von 401 VZÄ in der Leistungssachbearbeitung. Unter Berücksichtigung der sehr hohen Fluktuation sind im Jahresverlauf ca. 460 VZÄ in der Leistungssachbearbeitung tätig. Demgegenüber stehen 12 VZÄ in der Prüfgruppe. Die Prüfung im SGB II ist – unabhängig vom zugrunde liegenden gesetzlichen Auftrag – für die Landeshauptstadt München der einzige Weg, einen Einblick in die Leistungserbringung vor Ort zu erhalten.

Die Fallüberprüfungen im SGB II zeigen Defizite in den verschiedenen Bereichen der Fallbearbeitung auf, die nicht nur zu Lasten der LHM gehen, sondern sich auch nachteilig auf Kundinnen und Kunden auswirken können.

- Die Prüfungen liefern damit wertvolle Erkenntnisse für den Erlass verbindlicher Regelungen für den Teil der kommunalen Leistungen im SGB II, genauso wie für Weisungen im Einzelfall.
- Die Erkenntnisse aus den Prüfungen werden auch in die Schulungen für neue und erfahrene Mitarbeitende im SGB II genutzt, die die LHM durchführt. Hier werden gezielt Schwachstellen aufgezeigt und korrekte Lösungswege erarbeitet. So konnte die Fallbearbeitung trotz der hohen Fluktuation verbessert und die Qualität gesteigert werden. Es wurden Ausgaben zu Lasten der LHM vermieden und die Einnahmen pro Fall erhöht. Dieser präventive Effekt der Prüfung ist deshalb sehr wichtig.
- Die fachliche Kompetenz der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Jobcenter wird gestärkt. In jedem Fall einer fehlerhaften Bearbeitung erstellt die Prüfgruppe ein Prüfprotokoll, in dem die einzelnen Beanstandungen mit entsprechender Begründung aufgeführt sind.
- Die Prüfergebnisse sind oftmals Anlass für Gespräche mit der fachlichen Steuerung oder der Geschäftsführung des Jobcenters, um z.B. die Zusammenarbeit mit der Bezirkssozialarbeit bei Sanktionen mit Mietkürzungen zu thematisieren, die Lotsenfunktion generell zu verbessern oder die Inanspruchnahme der Leistung auf Bildung und Teilhabe zu forcieren.

Die rechtmäßige Leistungserbringung hat sich durch die aufgezeigten Maßnahmen nachhaltig erhöht. Dies zeigt sich z.B. daran, dass die Quote der mangelfreien Fälle, die im Jahr 2012 noch bei 42 % lag, sich mittlerweile auf 53 % erhöht hat. Das bedeutet aber auch, dass noch immer in fast jedem zweiten Fall eine Beanstandung erfolgt.

Die Fehlerquote von 47 % im ersten Halbjahr 2014 steht damit dennoch im krassen Gegensatz zu den Erkenntnissen aus der Fachaufsicht im Bereich Leistung des Jobcenters München. Hier liegt die Fehlerquote bei lediglich 2,8 %. Die Ursache hierfür dürfte in dem Umstand zu suchen sein, dass im Rahmen des fachaufsichtlichen Konzepts des Jobcenters derzeit lediglich 10 Neufälle monatlich geprüft werden, Bearbeitungsfehler sich aber erst im Laufe der Zeit einschleichen.

Aber nicht nur im Bereich Qualifizierung und Optimierung in der Fallbearbeitung wurden seit der Einführung der Fallüberprüfung im SGB II gute Ergebnisse erzielt. Seit Beginn der Prüfungen bis zum Stichtag 30.06.2014 wurden tatsächliche Einnahmen in Höhe von knapp 800.000 Euro aus Umbuchungen und der Ausgabenverbuchung bei den Kosten der Unterkunft erwirtschaftet. Die Korrekturen für die Zukunft fließen in diesen Betrag nicht ein, da diese erst zu Einnahmen in der Zukunft führen.

Wie bereits unter Ziffer 5.1 ausgeführt, sind die beim Amt für Soziale Sicherung eingerichteten Stellen zur Fallüberprüfung bis 31.12.2014 befristet. Dem Sozialausschuss wurde in der Sitzung am 17.07.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00562) bereits berichtet, dass auf Grund der positiven Erfahrungen und Ergebnisse, vor allem aber im Hinblick auf den gesetzlichen Auftrag, der Stadtrat im November 2014 mit dieser Personalfrage erneut befasst werden soll.

Um auch künftig der im gesetzlichen Auftrag verankerten Trägerverantwortung im Jobcenter in vollem Umfang gerecht zu werden ist es zwingend erforderlich, die Prüftätigkeit fortzuführen. Dazu ist die Entfristung der 12 bis 31.12.2014 befristeten Planstellen erforderlich. Mängel und/oder Defizite bei der Fallbearbeitung müssen erkannt und durch entsprechende Qualifizierung und verbindliche Arbeitsanweisungen behoben werden.

Auch wenn die ursprünglich angestrebte Prüfquote nicht erreicht wurde, haben die Prüfergebnisse gezeigt, dass auch bei einer geringeren Quote die wesentlichen Fehlerquellen identifiziert werden können, mit der Folge, dass eine Gegensteuerung möglich ist.

#### 5.4 Finanzierung, Produkt 60.1.1.2 Grundsicherung für Arbeitssuchende

Entfristet werden sollen folgende Stellen:

Kostenstellenbereich	Stellenummer	Wertigkeit	Jahresmittelbetrag
SO20100	B 102716	A 12	56.900 €
	B 102718	A 12	56.900 €
	B 102720	A 11	51.000 €
	B 102721	A 11	51.000 €
	B 102722	A 11	51.000 €
	B 103473	A 11	51.000 €
SO20101	B 100659	A 11	51.000 €
	B 102225	A 11	51.000 €
	B 112604	A 11	51.000 €
	B 404784	A 11	51.000 €
	B 404785	A 11	51.000 €
	V 417228	E 10	73.130 €
<b>Summe</b>	<b>12</b>		<b>645.930 €</b>

Die beantragten Stellen sind bereits eingerichtet, dementsprechend sind die Personal- und Sachkosten bis 31.12.2014 im Haushalt eingestellt. Auf Grund der Entfristung der Planstellen zum 01.01.2015 fallen diese Kosten über den 31.12.2014 hinaus auch weiterhin an.

Hinzu kommen laufende Arbeitsplatzkosten in Höhe von pauschal 800 Euro je Vollzeitstelle und Jahr. Einmalige Arbeitsplatzkosten fallen nicht an, da die Arbeitsplätze bereits eingerichtet sind.

Für die Fallüberprüfung im SGB II müssen weitere 35.000 Euro für die von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten PC's bereitgestellt werden. Mit Einführung des neuen EDV-Verfahrens ALLEGRO, das das bisherige A2LL-Programm ablöst, ist die Fallüberprüfung nicht mehr wie bisher webbasiert auf städtischer Hardware, sondern nur mehr an PC's der Bundesagentur für Arbeit möglich. Insgesamt werden voraussichtlich ab Ende 2014 für die Prüfung 8 PC-Arbeitsplätze von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt, die zentral aufgestellt und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Prüfgruppe gemeinsam genutzt werden.

Die Finanzierung 2014 erfolgt aus dem vorhandenen Budget des Sozialreferats. Für 2015 werden zusätzliche Mittel i. H. v. 35.000 Euro zur Einrichtung der 8 PC-Arbeitsplätze sowie Bereitstellung der erforderlichen Hardware und Software aus dem Finanzmittelbestand benötigt.

## 5.5 Kosten

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten *</b>	680.930 € ab 2015		
davon:			
Personalauszahlungen	645.930 €		
Sachauszahlungen	35.000 € (= 8 PC-Arbeitsplätze x 4.375 € Nutzungsentgelt pro Jahr je PC-Arbeitsplatz)		
Transferauszahlungen			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch: neue Stellen Träger (VZÄ):	12		
Nachrichtlich Investition			

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten und Rückstellungen u. a. für Pensionen) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden. Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entstehen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 50 Prozent des Jahresmittelbetrages.

Zu Sachauszahlungen:

Derzeit kann für die Ermittlung der IT-Kosten in den Jahren 2015 ff. kein Betrag je einzurichtendem Arbeitsplatz angesetzt werden. Sobald die Preisliste von it@M für die Telekommunikation und die IT-Arbeitsplatzkosten vorliegt, wird die Stadtkämmerei die Budgets im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015 ff. bzw. im 2. Nachtragshaushalt entsprechend anpassen.

## 5.6 Nutzen

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Erlöse</b>	400.000 € ab 2015		
<b>Summe Einsparungen von Kosten</b>			
davon:			
Personalauszahlungen			
Sachauszahlungen			
Transferauszahlungen			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

Die Erlöse können nur geschätzt werden und zwar anhand des bisherigen Prüfungsumfangs, des zu erwartenden Prüfungsumfangs bei Vollbesetzung und der möglichen Berichtigungsquote. Dem geschätzten Betrag von 400.000 Euro liegt die

Erfahrung aus dem Prüfungszeitraum zugrunde. Bei dem geschätzten Erlös von jährlich 400.000 Euro handelt es sich ausschließlich um Einnahmen, die der LHM auf Grund der Wiedergutmachung von Schäden zufließen.

Weitere Effekte werden aus konkreten Fehlerkorrekturen für die Zukunft erzielt werden. Ein konkreter Wert kann hier nicht angegeben werden. Im vergangenen 24-monatigen Prüfzeitraum wurden hier 370.232 Euro erreicht.

Die bisherige Erfahrung zeigt allerdings, dass der weitaus größere Teil der von der Prüfgruppe festgestellten Schäden für die Vergangenheit nicht mehr korrigiert werden kann. So sind für die LHM allein bei der Prüfung der SGB II-Akten im Prüfungszeitraum Schäden in Höhe von mehr als 3,8 Mio Euro entstanden.

Ziel der Prüfgruppe ist daher vor allem auch, unrechtmäßige Ausgaben zu Lasten der LHM von vorne herein zu reduzieren.

Wie unter Ziffer 5.3 beschrieben, zeigen die auf Grund der Prüfungsergebnisse ergriffenen Maßnahmen positive Wirkung. So hat sich beispielsweise die Quote der mangelfreien Fälle von 42 % im Jahr 2012 auf mittlerweile 53 % erhöht. Auf Grund der Prüfungen und deren Verknüpfung mit den Steuerungsmaßnahmen Schulungen, Weisungsanpassung und Gespräche mit den Verantwortlichen des Jobcenters konnten unrechtmäßige Ausgaben zu Lasten der LHM vermindert werden.

Der Nutzen der Prüfgruppe und die finanziellen Auswirkungen lassen sich daher nicht allein an der Wiedergutmachung der Schäden messen. Vielmehr kommt auch der Prävention und der nachhaltigen Qualitätsverbesserung immense Bedeutung zu.

## **5.7 Eilbedürftigkeit**

Die 12 Stellen sind bis zum 31.12.2014 befristet. Um eine nahtlose Entfristung zu gewährleisten, ist eine Entscheidung der Vollversammlung noch in 2014 erforderlich.

### **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft abgestimmt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Verwaltungsbeirätin des Amtes für Soziale Sicherung, Frau Stadträtin Demirel, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Personal- und Organisationsreferat, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Benehmen mit dem Sozialreferat 10 zusätzliche Poolstellen befristet bis zum 31.12.2016 einzurichten. Das Sozialreferat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsreferat die notwendigen Einstellungen vorzunehmen.

Zur Finanzierung des Gesamtpools in Höhe von 30 VZÄ-Stellen sollen – soweit im Budget des Jobcenters keine Bewirtschaftungsreste verbleiben – befristet bis 31.12.2016 zentrale Finanzmittel bis zu einer Höhe von 2,5 Mio. € bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenauswertungsbereich Sozialreferat, Jobcenter München, Unterabschnitt 4199 zur Verfügung gestellt werden.

2. Das Sozialreferat wird beauftragt, die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt München und der Bundesagentur für Arbeit fortzuführen und keine neuen Verhandlungen für den Zeitraum ab 2016 aufzunehmen.
3. Zur Weiterführung des gesetzlichen Auftrags nach §§ 44a Abs. 1 und 6, 44b Abs. 3 SGB II für das Widerspruchs-, Weisungs- und Prüfrecht der kommunalen Träger wird der Entfristung der bis 31.12.2014 befristeten 12 Stellen im Amt für Soziale Sicherung zugestimmt.
4. Personalkosten  
Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Sozialreferat die unter Ziffer 3 des Vortrags benannten 12 Stellen zum 01.01.2015 zu entfristen.



Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 645.930 € entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenauswertungsbereich Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, SO20100 und SO20101, Unterabschnitt 4015 anzumelden (bzw. weiterhin im Personalhaushaltsansatz zu belassen).

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der derzeit noch unbesetzten Planstelle Nr. B417228 mit Beamten/innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von 25.500 €.

5. Sachkosten

Das Sozialreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015 zusätzlich anzumelden. Die zahlungswirksame Erhöhung dient dem Rechnungsausgleich für bezogene IT-Leistungen an die Bundesagentur für Arbeit. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.1.1.2 erhöht sich um 35.000 Euro.

6. Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Finanzierungsmoratorium, weil durch die auslaufende Befristung der Stellen Eilbedürftigkeit gegeben ist.

7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrats.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/11**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/12**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Personal- und Organisationsreferat**  
**An das Jobcenter, GF**  
**An die Agentur für Arbeit München**  
**An das Referat für Arbeit und Wirtschaft**  
**An die Frauengleichstellungsstelle**  
**An den Referatspersonalrat Sozialreferat**  
**An den Personalrat-Jobcenter**  
**An das Referat für Bildung und Sport**  
**An das Referat für Gesundheit und Umwelt**  
**An das Sozialreferat, S-Z-dIKA**  
**An das Sozialreferat, S-Z-F (2-fach)**  
z.K.

Am

I.A.